



SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
Landesverband Brandenburg – Arbeitsgemeinschaft SPD 60 plus

Potsdam, 26. Juni 2023

Liebe Mitglieder von SPD 60plus im Land Brandenburg,

Ihr habt Euch hoffentlich in den fordernden letzten Monate nicht unterkriegen lassen und sie gut überstanden, gesundheitlich und stimmungsmäßig. Zugegeben, das war manches Mal nicht einfach. Denn kaum war Corona einigermaßen überwunden, hat Russland den Krieg mit der Ukraine begonnen. Das hat viele Folgen für uns alle gehabt, von der Erhöhung der Energiepreise und vieler anderer Waren des täglichen Bedarfs bis hin zu den Lebensmitteln. Zeitweise schien im Winter die warme Wohnung, für uns ältere Menschen besonders wichtig, nicht jederzeit sicher gestellt. Aber die SPD-geführte Bundesregierung hat mit ihrer klugen und vorausschauenden Politik dafür gesorgt, dass es zu keinem Zeitpunkt zu gravierenden Mängeln gekommen ist. Außerdem hat sie mit finanziellen Erleichterungen die Teuerungen teilweise ausgeglichen, auch wenn Rentnerinnen und Rentner erst in einem zweiten Schritt bedacht wurden.

Der Krieg in der Ukraine wütet jetzt seit 16 Monaten und ein Ende ist nicht absehbar. Russland hat das Land überfallen und wir müssen den Menschen vor Ort helfen, ihnen eine wirksame Verteidigung ermöglichen, die Flüchtlinge bei uns aufnehmen und möglichst schnell, wenn sie es möchten, integrieren. Wir Brandenburgerinnen und Brandenburger haben bisher große Hilfsbereitschaft bewiesen und die Familien gut unterstützt, Kinder sind in Kitas und Schulen aufgenommen, viele Frauen und Mütter haben eine Beschäftigung gefunden. Doch mit dem zeitweisen Verlust der Heimat, von zurückgebliebenen Familien und Freunden wird man nicht leicht fertig. Wir müssen deshalb alles tun, dass neben der Unterstützung der Verteidigungsanstrengungen der Ukrainer auch diplomatische Bemühungen unternommen werden, diesen Krieg möglichst schnell zu beenden. Wir müssen zu einer verhandelten Konfliktlösung kommen, die eine stabilere europäische Friedensordnung schafft, als die, auf die wir zuvor so viel Hoffnung gesetzt hatten und die leider Russland mutwillig zerstört hat.

Mit dem 1. Juli wird nun endlich die Rentenangleichung Ost-West erreicht, auch wenn es den kleinen Schönheitsfehler bei den Freibeträgen der Besteuerung bei Ostrentnerinnen und Ostrentnern gibt. Dieser Freibetrag wird bei Renteneintritt festgelegt und bleibt lebenslang unverändert. Wenn dann die Einkünfte stärker steigen, wird eine höhere Steuer fällig. Wir haben dieses Problem bei der letzten Bundesvorstands- und Bundesausschusssitzung SPD 60plus behandelt. Ob es sich einfach lösen lässt, z.B. mit einer prozentualen Erhöhung der Freibeträge oder ob der Aufwand den Nutzen übersteigt, ist noch nicht absehbar. Festzuhalten bleibt aber, dass es überdurchschnittliche Erhöhungen in den letzten beiden Jahren gegeben hat, ein überzeugendes Argument für die gesetzliche Rentenversicherung und gute Tarifföhne.

Wir haben schon während des Wahlkampfs zur Bundestagswahl 2021 für eine grundlegende Reform der Pflege geworben, eine die diesen Namen wirklich verdient, nämlich z.B. eine Pflegebürgerinnenversicherung, in die alle einzahlen, unabhängig von ihrem Status - also auch Beamte, alle in einen Topf. Damit ließe sich eine Vollkostenversicherung auf die Beine stellen. Und bis dahin feste Obergrenzen für die Eigenbeiträge, also ein Deckel auf den man sich verlassen kann. Leider ist das in dieser Koalition bisher nicht möglich. Deshalb müssen wir überall immer wieder diese Forderung erheben. Die großen Sozialverbände, die Gewerkschaften sind alle an unserer Seite und erheben vergleichbare Forderungen. Und es muss Lohnersatzleistungen für die diejenigen geben, vergleichbar dem Elterngeld, die nicht in ihrem Beruf arbeiten, sondern zu Hause ihre Angehörigen pflegen. Die Betreuung in den eigenen vier Wänden ist für mehr als 80 Prozent die bevorzugte Form der Pflege. Zugleich entlastet dies den Arbeitsmarkt für Pflegekräfte, denn sie sind ohnehin sehr rar.

Die bevorstehende Krankenhausreform beschäftigt ebenfalls viele von uns älteren Menschen. Werde ich in Zukunft die notwendige und rasche Versorgung noch in erreichbarer Nähe vorfinden oder sind sehr viel weitere Wege notwendig? Diese Frage ist in den Ballungsräumen mit JA zu beantworten, aber wie wird es auf dem Lande in Brandenburg aussehen? Die Seniorinnen und Senioren können sich darauf verlassen, dass die SPD-geführte Landesregierung darauf sehr genau achtet. Unser Ziel ist eine gerechte Bürgerversicherung, in die alle einzahlen. In der großen Koalition wurde das von der CDU verhindert, jetzt steht die FDP auf der Bremse. Nur die Bürgerversicherung verhindert die Mehrklassengesellschaft im Krankheitsfall.

Zuletzt haben angekündigte Filialschließungen von Sparkassen die älteren Menschen in Aufregung versetzt. Die Kommunen haben eine Verpflichtung zur Daseinsvorsorge und dazu gehört ein gutes Filialnetz der Sparkassen. Es stimmt, dass durch die Digitalisierung, das Geschäft in der Filiale und über den Tresen sehr viel geringer geworden ist. Aber nicht alle Seniorinnen und Senioren können mit dem Computer so gut umgehen, dass sie sich zutrauen Bankgeschäfte online abzuwickeln. Außerdem nehmen Betrügereien im Netz zu, was die Vorbehalte der älteren Menschen zusätzlich verstärkt. Das muss berücksichtigt werden. Zwar nimmt auch unter Seniorinnen und Senioren die Zahl derer zu, für die das Internet kein Buch mit sieben Siegeln mehr ist. Zudem gibt es in vielen Orten in Brandenburg inzwischen die Möglichkeit, sich im Umgang mit Computer und Smartphone helfen zu lassen und geschult zu werden. Aber manche kommen trotzdem nicht klar damit. Sie dürfen nicht ausgegrenzt werden. Ganz abgesehen von den sehbehinderten oder blinden Mitbürgern, denen es zum Teil gar nicht möglich ist, sich auf digitale Bankgeschäfte einzulassen, selbst wenn sie bereit dazu wären.

Die Digitalisierung, der Nutzung des Internets kann auch als eine Maßnahme gegen die Einsamkeit verstanden werden. So erhalte ich Informationen, Veranstaltungshinweise, erfahre wie es meinen Freundinnen und Freunden, meinen Angehörigen geht. Die Besuchseinschränkungen während der Corona-Pandemie haben viele davon überzeugt, dass Verbindungen über Smartphone und Computer äußerst wichtig sind. Außerdem kann



SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
Landesverband Brandenburg – Arbeitsgemeinschaft SPD 60 plus

ich im Internet bestellen, mich beliefern lassen, kann mir Freunde einladen oder mich im öffentlichen Raum mit ihnen treffen. Das bereichert den Alltag.

Der Landesvorstand der SPD 60plus bemüht sich intensiv, die Strukturen unserer AG auf Landesebene durch Neugründungen zu stärken. Auch im Hinblick auf die Wahlen des kommenden Jahres (Europa- und Kommunalwahl voraussichtlich im Juni, Landtagswahl im September 2024) müssen wir uns handlungsfähig aufstellen. Seit Januar sind wir einmal im Monat mit einem Infostand in Brandenburg unterwegs, Potsdam, Teltow, Oranienburg, Cottbus haben wir bereits besucht. Am 29. Juni von 11 bis 13 Uhr werden wir auf dem Schulplatz in Neuruppin bereitstehen um Fragen zu beantworten.

Unser Ziel muss sein, dass die SPD in Brandenburg die führende politische Kraft bleibt. Wir dürfen Extremisten, weder von Rechts noch von Links, das Feld überlassen. Deshalb hoffen wir sehr, dass Ihr uns im nächsten Jahr wieder so aktiv unterstützt wie bisher!

Mit solidarischen Grüßen
Frank Kupferschmidt

für den Landesvorstand der AG SPD 60plus